

WGB Stellungnahme zum Haushalt 2021 der Stadt Marienmünster

Marienmünster, 24.02.2021

Bei den finanziellen Auswirkungen der Corona Pandemie ist Marienmünster bislang mit einem blauen Auge davongekommen. Ein Grund dafür: Die Quelle der Gewerbesteuereinnahmen sprudelte mit 1,6 Mio. Euro kräftiger als erwartet. Einmal mehr beweist das, dass in Marienmünster gesunde mittelständische Betriebe ansässig sind. Es entspricht einem langjährigen Wunsch der WGB in einen regelmäßigen Meinungs- und Ideenaustausch zu treten und somit unterstützen wir den Vorschlag des Bürgermeisters: Schaffung eines neuen Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Kultur. Wichtig ist dabei auch: Die Unternehmen benötigen einen konkreten Ansprechpartner in der Stadtverwaltung für alle Fragen. Dieser muss alle Angelegenheiten unbürokratisch intern koordinieren.

Miteinander sprechen, genaues Zuhören der Politik bereitet vielleicht auch neue Wege zur Ansiedlung weiterer Betriebe und damit Schaffung neuer Arbeitsplätze in Marienmünster.

Die Bereitstellung weiterer Gewerbeflächen im Gewerbegebiet Bredenborn ist intensiv durch die Verwaltung voranzutreiben. Hier ist der Handlungsdruck groß! Zum wiederholten Male erinnert die WGB an den kommunalen Neugliederungsvertrag von 1970: Hier war die Formulierung: Gewerbe ist vorrangig in Bredenborn anzusiedeln ein wichtiger Kompromiss. Das darf nicht so schnell in Vergessenheit geraten, wie der Kompromiss zum Sportstättenzukunftskonzept in Marienmünster einstimmig beschlossen vor nicht einmal einem Jahr am 29.07.2020. Zustimmend dabei mit am Tisch gesessen hat ein heutiges CDU Ratsmitglied in Marienmünster, das heute entscheidend die Werbetrommel rührt, dass der Kompromiss de facto keinen Bestand mehr hat. Rein sachlich betrachtet ist es richtig: Nachhaltig zukunftsorientiert sind die größten Sportinvestitionen in den beiden Siedlungsschwerpunkten durchzuführen, denn dort erreicht man den Großteil der Bevölkerung. Fest steht aber auch: Ohne Einigung auf ein Sportstättenzukunftskonzept, ohne eine zukunftsorientierte Strategie wird der Standort Marienmünster als Fußball- und Leichtathletikstandort bald keine Rolle mehr spielen. An der Aussage von Dr. Eckl: Wir haben zu viele Sportplätze in Marienmünster geht aber leider kein Weg vorbei. Diese Ehrlichkeit muss man den Menschen entgegen bringen.

Wir wissen heute noch nicht, was uns an Folgekosten durch die Corona Pandemie erwartet, deshalb ist es unverantwortlich mit der Gießkanne durch Marienmünster zu ziehen und Steuergelder zu investieren, bevor sich der Rat auf ein Sportstättenzukunftskonzept geeinigt

hat, das seinem Namen nach auch zukunftsfest ist. Bisher gibt es nur einen Flickenteppich. Angesichts zu vieler Sportanlagen in Marienmünster ist auch beim Griff nach den Fördertöpfen Augenmaß gefragt, wollen wir nicht in Zukunft weniger Einwohner mit höheren Steuern durch steigende Unterhaltungskosten zu vieler Sportstätten unzumutbar belasten. Auch die Planung von Luftschlössern ist mit dieser Bedingung nicht zu vereinbaren.

In der Sache Sportstättenzukunftskonzept muss die Lösung den Geist des Kompromisses vom 29.07.2020 widerspiegeln und sich aber an die neuen Rahmenbedingungen anpassen. Es war ein Kardinalfehler die Entscheidung einer zukunftsgerechten Lösung zum Sportstättenkonzept im April vor der Kommunalwahl zu verschieben. Der Fehler holt uns heute ein. Der Rat darf nicht länger eine Entscheidung auf die Schultern der Vereine verlagern: Es ist unsere Pflicht als frisch gewählte Ratsmitglieder gemeinsam konsequente zukunftsfähige Entscheidungen zu fällen.

Auch bei der Organisation unserer freiwilligen Feuerwehr dürfen wir die Grenze unserer finanziellen Möglichkeiten nicht überschreiten. Auch hier gilt: Wer den Feuerwehrkameraden das Blaue vom Himmel verspricht, wird Enttäuschung säen bei der Feuerwehr und dem Wähler. Ehrlich ist: Wir können nicht in allen Ortschaften neue Feuerwehrgerätehäuser bauen. Das würde die Stadt Marienmünster und den einzelnen Bürger finanziell überfordern. Modernisierungen mit Augenmaß und ggf. bedarfsgerechte Anbauten sind hier das Mittel der Wahl.

Mit Sorge betrachtet die WGB-Fraktion die Tatsache, dass in Bredenborn mehrere bauwillige junge Familien in den Startlöchern stehen und einen geeigneten Bauplatz suchen und nicht finden, während gleichzeitig dutzende Bauplätze in Privathand liegen. Auch hier ist der Handlungsdruck groß! Seit vielen Monaten weist die WGB die Verwaltung auf dieses Problem hin und hört dann: Uns fehlt die Zeit gezielt mit den Eigentümern in Verhandlungen zu treten. Das ist nicht länger hinnehmbar! Hier appellieren wir an unseren neuen Bürgermeister diese Aufgabe zur Chefsache zu erklären und als Personalmanager die innere Organisation in der Verwaltung so umzustellen, dass hier personelle Ressourcen freigeschaufelt werden, damit sich ein Mitarbeiter der Verwaltung gezielt um die Beschaffung von Bauplätzen für Bauwillige kümmern kann. Bauwillige junge Menschen warten nicht allzu lange, dann wandern sie ab und das darf im Kampf gegen weiter drohende Einwohnerverluste in keinem Ort in Marienmünster passieren!

Solche brennend wichtigen Zukunftsfragen müssen in Coronazeiten schnellstens in fraktionsübergreifenden Telefonaten mit Rats- und Ortsausschussmitgliedern besprochen werden. Die WGB ist hier jederzeit zu Gesprächen bereit. Pragmatische Sachpolitik ist hier wichtiger als Postengeschachere.

Deshalb der WGB Appell an unsere Ratskolleginnen und -kollegen: Vergeuden wir nicht wertvolle Zeit durch Vertagen, Endlosdebatten und schon lange nicht mit peinlichen Angelegenheiten, die außerhalb unserer Entscheidungskompetenz liegen (Beispiel Denkmalschutzgesetz).

Die letzten Kommunalwahlergebnisse haben gezeigt: Halbwahrheiten und Dauerthemen in jahrzehntelanger Warteschleife mag der Wähler nicht!! Konsequente Lösungen nach sorgfältiger Beratung dagegen honoriert der Wähler.

Damit ist auch die ehrliche Prüfung von Projekten angemahnt. Nicht aus welcher Fraktion kommt der Vorschlag, sondern bringt er die Stadt Marienmünster weiter, muss die Frage lauten. Einen Wohnmobilhafen schon vor der ersten Machbarkeitsuntersuchung streichen zu wollen, ist nicht nachvollziehbar, da gerade diese Urlaubsform mehr denn je im Trend liegt. Meint man es ehrlich mit der Förderung des Tourismus in Marienmünster und damit auch der lokalen Gastronomie, dann darf man diese Entwicklung „Urlaub in Deutschland mit dem Wohnmobil“ nicht verpassen – gerade auch im Hinblick auf viele Besucher der Landesgartenschau.

Dass es auch anders geht zeigt sich beim einstimmigen Beschluss zur Anschaffung einer nachhaltigen Zu- und Abluftanlage mit Wärmerückgewinnung im älteren Gebäudeteil unserer Grundschule in 2021 und 2022 in den städtischen Kindergärten auf Vorschlag der WGB in der Sitzung am 02.12.2020. Das unterstreicht: Die Bedürfnisse unserer Kinder einschließlich des Grundrechtes auf Bildung unter möglichst optimalen Bedingungen haben in Marienmünster hohe Priorität.

Ein bald wieder gesunder Stadtwald liegt uns am Herzen – nicht zuletzt wegen seines hohen Freizeitwertes und seines wichtigen Beitrages zum Klimaschutz. Deshalb haben wir gemeinsam durch Bereitstellung höherer Finanzmittel nach den Stressperioden des Waldes die Wiederaufforstung vorangetrieben und freuen uns, dass von der Freifläche von ca. 50 ha bereits 19,5 ha wieder aufgeforstet sind.

Im Magen liegt uns die Geschwindigkeit des Breitbandausbaus. Wir halten diese für viel zu langsam. Nachdem der Kreis Höxter den Zwischenschritt mit der FTTC- Technik als eine der letzten Regionen in NRW vollzogen hat, muss der weitere Ausbau aus Sicht der WGB beschleunigt werden. Der Kreis Höxter muss nun endlich auf die Überholspur und das Glasfasernetz weiterführen bis zum Hausanschluss des Endkunden (FTTH- Standard), damit die ländliche Bevölkerung hier nicht länger abgehängt wird und Datenraten von 1000Mbit/s ermöglicht werden - besonders wichtig ist dies, um als Wohnstandort in den zukünftigen Zeiten von "HomeOffice" weiter attraktiv zu sein und dem Bevölkerungsrückgang aktiv entgegen zu wirken. Den Standortnachteil "Arbeitsplatz", den fast alle Kommunen im Kreis haben, könnte man so verbessern, denn wem nutzt "Wohnen im Grünen", wenn er keinen Arbeitsplatz findet.

Mutig für eine kleine Stadt wie Marienmünster sind die Investitionen von insgesamt 6,3 Mio. Euro. Dem gegenüber erwarten wir zugleich Zuwendungen von 3,17 Mio. Euro – deshalb mutig, ohne leichtsinnig zu sein.

Ein Rekord im negativen Sinne ist der ausgewiesene Fehlbetrag von annähernd 1,168 Mio. Euro, der ohne Corona bedingte Haushaltsbelastungen sogar noch etwas „schön“ gerechnet ist. Mit dem Ausgleich dieses Haushaltes ist aber auch die Ausgleichsrücklage aufgebraucht. Auf dem Hintergrund der ungelösten Sportstättenzukunftsfrage darf die abschließende Mahnung unseres Kämmers nicht ungehört verhallen, dass in den nächsten Jahren eine wirtschaftliche, sparsame Haushaltsführung uns allen im Rat zusammen mit den mahnenden Worten des Bürgermeisters dringend ans Herz gelegt wird.

Die WGB Fraktion dankt allen Beteiligten besonders unserem Kämmers für die Erstellung des Haushaltes und stimmt dem Gesamtwerk nebst allen Anlagen zu.

Elmar Stricker
WGB Fraktionssprecher